STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 1 / Fachbereich 1 - Ordnung

Dringlichkeitsentscheidung

Datum: 05.07.2022

Drucksache Nr.: **22/0306**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Digitalisierungsausschuss	07.09.2022	öffentlich / Genehmigung

Betreff

Einleitungsbeschluss für die Beschaffung von sechs mobilen Stromerzeugern für die autarke Versorgung der KAT-Leuchttürme im Katastrophenfall

Entscheidung:

Im Wege der Dringlichkeit wird gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW entschieden:

Der Haupt- und Digitalisierungsausschuss der Stadt Sankt Augustin beschließt die Einleitung des Vergabeverfahrens für die Beschaffung von sechs mobilen Stromerzeugern inkl. passender Transportanhänger für den Katastrophenschutz mit sofortiger Umsetzung nach Beschlussfassung und mit dem geschätzten Kostenrahmen von netto 201.680,67 € (brutto 240.000,00 €).

Aufgrund der extrem angespannten Marktsituation und der unabweisbaren Dringlichkeit der Beschaffung werden drei der sechs mobilen Stromerzeuger gem. § 8 Abs. 4 Nr. 9 UVgO unmittelbar als Verhandlungsvergabe erworben. Die Beschaffung der verbleibenden drei mobilen Stromerzeuger erfolgt im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung.

Die Bewertung bzw. Gewichtung der Angebote erfolgt anhand des Angebotspreises. Die Finanzierung erfolgt über die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln gem. der Dringlichkeitsentscheidung vom 04.07.2022, DS-Nr. 22/0299.

Sankt Augustin, _____

Sankt Augustin, _____

Dr. Max Leitterstorf
Bürgermeister

Ratsmitglied

Sankt Augustin, _____

Sankt Augustin, _____

Dr. Max Leitterstorf
Bürgermeister

Ratsmitglied**Sachverhalt / Begründung:**

Der seitens Russlands im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu einer deutlichen Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Russland und der Bundesrepublik Deutschland. Die russische Regierung versucht auf die verhängten, scharfen Sanktionen der EU und anderer westlicher Länder mit Gegenmaßnahmen zu reagieren, die sich überwiegend im Bereich des Energiesektors abbilden lassen.

Die EU - und insbesondere Deutschland - ist im erheblichen Maße von russischen Öl- und Gasimporten abhängig. Mitte Juni 2022 drosselte der Gazprom-Konzern die Gaslieferungen durch die Pipeline Nord Stream 1 (Hauptversorgungsader für das deutsche Gasnetz) um 40%. Mit weiteren Reduzierungen der Gaslieferung ist zu rechnen.

Aufgrund dessen ist nicht sichergestellt, dass die deutschen Gasspeicher in den kommenden Monaten hinreichend gefüllt werden, um die Gasversorgung über die Wintermonate sicherstellen zu können. Selbst bei 100%iger Füllung reicht die Bevorratung in Deutschland bei einem durchschnittlichen Winter für maximal 2,5 bis 3 Monate. Sollte es also zu weiteren Reduzierungen der Gaslieferung kommen, ist der Ausfall der Gasversorgung als wahrscheinliches Szenario zu erwarten.

Folgerichtig hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am 23.06.2022 die Alarmstufe 2 des Notfallplans Gas ausgerufen. Somit stehen der Bundesregierung und der Bundesnetzagentur nunmehr diverse Möglichkeiten zur Verfügung, um einen Ausfall der Gasversorgung zu verhindern. Eine Ausfallgarantie ist damit jedoch ausdrücklich nicht verbunden.

Auf kommunaler Ebene müssen zielgerichtete Maßnahmen ergriffen werden, um die Bürgerinnen und Bürger im Falle eines Versorgungsausfalls bestmöglich zu unterstützen. Hierzu soll die Einrichtung der KAT-Leuchttürme in das Jahr 2022 vorgezogen werden, sodass im Krisenfall in jedem Stadtteil mit einem Feuerwehrhaus eine mit Strom und möglichst mit Wärme versorgte Anlaufstelle zur Verfügung steht. Insbesondere für die Versorgung von Kleinkindern (Erwärmen von Babynahrung, usw.), das Absetzen von Notrufen und die Leistung von Erster-Hilfe sind solche Einrichtungen unerlässlich. Das für die (ursprünglich) in den Jahren 2023 bis 2025 geplante Konzept wurde bereits in den Grundzügen am 27.04.2022 im Feuer- und Bevölkerungsschutzausschuss vorgestellt.

Vorgesehen ist die Anschaffung von mobilen Stromerzeugern zur Versorgung der Gebäude mit Strom, Licht und Wärme.

Die durchgeführte Markterkundung endete mit dem Ergebnis, dass aktuell keine passenden mobilen Stromerzeuger lieferbar sind. Die ausgedünnten Lieferketten aufgrund der Corona-Pandemie und die unmittelbaren Folgen des Ukraine-Krieges wirken sich auch auf diesen Teilmarkt aus.

Darüber hinaus tätigen Bund, Länder und Kommunen verstärkt Anschaffungen für den Zivil- und Katastrophenschutz, sodass die ohnehin schon angespannte Marktsituation durch die extrem hohe Nachfrage noch stärker belastet wird.

Laut Aussage der Marktteilnehmer ist derzeit mit einer Lieferzeit von bis zu 12 Monaten ab Auftragserteilung zu rechnen.

Die eingeholten Angebote einschlägiger Firmen untermauern diese Aussage.

Dem FD 1/20 ist es dennoch gelungen, drei noch auf dem Markt verfügbare und für den vorgesehenen Zweck geeignete mobile Stromerzeuger zu reservieren. Um rechtzeitig vor der kalten Jahreszeit zumindest einen Grundstock an Geräten vorhalten zu können, ist die sofortige Beschaffung gem. § 8 Abs. 4 Nr. 9 UVgO unausweichlich.

Aufgrund der vorbezeichneten hohen Nachfrage nach derartigen Gütern und der bestehenden Lieferengpässe besteht dringender, unverzüglicher Handlungsbedarf, welcher ein Abwarten bis zur kommenden Sitzung des Haupt- und Digitalisierungsausschusses des Rates der Stadt Sankt Augustin hinsichtlich der Beschlussfassung nicht erlaubt. Im Falle eines Abwartens kann nicht sichergestellt werden, dass zumindest drei der sechs zu beschaffenden mobilen Stromerzeuger rechtzeitig zu Beginn der kalten Jahreszeit bereitstehen. Ein Dringlichkeitsfall gem. § 60 Abs. 1, S. 2 GO NRW ist somit gegeben.

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf 240:000 €.

- Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan Produkt 02-05-02, Investitions-Nr. 01-00013 zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
 Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.